

*Herr
Präsident des Burgenländischen Landtages
Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt*

22 - 1588

Eisenstadt, am 19. Oktober 2023

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Doris Prohaska, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Personalnot in der Sozialen Arbeit – gegen den drohenden Kollaps“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Personalnot in der Sozialen Arbeit – gegen den drohenden Kollaps“

Etlichen hoch belasteten Bereichen in der Sozialen Arbeit wie zum Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe droht der Kollaps: Die Beschäftigten klagen über wachsende Belastung angesichts der eklatanten Personalnot, es gibt kaum Bewerbungen für offene Stellen und der Fachkräftemangel ist auf allen Ebenen spürbar.

Aktuelle Studien zeigen, dass unter den zehn Berufen mit der größten Personallücke die Sozial- und Gesundheitsberufe liegen, allen voran die Berufsgruppe der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Sozialarbeitende sind in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern stationär oder ambulant tätig: Von der Kinder- und Jugendhilfe, der Erwachsenensozialarbeit, der Drogen- und Suchtarbeit, der Wohnungslosenarbeit, der Straffälligenhilfe, der Sozialhilfe und der Generationenarbeit bis hin zur Schuldnerberatung. Die leitende Profession in diesen Bereichen stellt die Soziale Arbeit dar, die in Österreich an den Fachhochschulen ausgebildet wird. Aktuell werden an neun Standorten Sozialarbeitende ausgebildet, wobei aktuell 936 Anfänger-Studienplätze im Bachelorstudiengang und 327 im Masterstudiengang der Bund finanziert. An der FH Burgenland am Departement Soziale Arbeit werden aktuell 41 Anfängerplätze vom Bund finanziert. Das sind viel zu wenige, weil offene Stellen auch im Burgenland nicht besetzt werden können. Dies hat auch die Volksanwaltschaft in ihrem aktuellen Bericht festgestellt und kritisiert.

Es liegt für die Fachhochschulen grundsätzlich eine Finanzierungsverantwortung des Bundes vor. Diese soll nicht an das Burgenland abgewälzt werden. Das Land Burgenland leistet durch Infrastruktur und Personal einen maßgeblichen Anteil zur Bestreitung der Kosten des laufenden Betriebes, finanziert bereits Studiengänge im Gesundheitsbereich und fördert Forschungsprojekte an der Hochschule.

Weiters ist die Fluktuation im Bereich der Sozialen Arbeit problematisch für die Kinder und Jugendlichen. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen schlecht ausgebildetem Personal, das auch nicht durch die notwendigen Fort- und Weiterbildungen unterstützt wird, und den für die Entwicklung der Kinder extrem schädlichen Beziehungsabbrüchen.

Eine durch den personellen Engpass häufig auftretende Problematik stellt in der Sozialen Arbeit der Bereich Burn-Out dar. Oft müssen Arbeiten von weniger qualifiziertem Personal durchgeführt werden, was diese Gruppe aufgrund ihrer

fehlenden Berufserfahrung und der mangelnden wissenschaftlichen Ausbildung rascher in ein Burn-Out treibt.

Alle Beteiligten - von der Ausbildung, dem Berufsverband, den Organisationen bis hin zu den Arbeitgebern - drängen aufgrund der eklatanten Personalnot auf eine Ausweitung der bundesfinanzierten Studienplätze, um den Fachkräftemangel zu beseitigen und mittelfristig die psycho-soziale Versorgung aufrecht zu halten.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- aufgrund der eklatanten Personalnot die Studienplätze für Soziale Arbeit erhöhen und finanzieren, um die psycho-soziale Versorgung in schon jetzt sehr belasteten Systemen wie der Kinder- und Jugendhilfe oder der Kinder- und Jugendpsychiatrie nicht zu gefährden sondern prospektiv zu sichern sowie
- zusätzlich 40 Studienplätze für einen berufsbegleitenden Bachelor-Studiengang im Department Soziales an der Fachhochschule Burgenland finanzieren.

Die Burgenländische Landesregierung wird weiters aufgefordert, bei der Volksanwaltschaft eine Überprüfung betreffend die Personalnot in der Sozialen Arbeit hinsichtlich des Handlungsbedarfs des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung anzuregen.